

Deutschland-Langenlonsheim: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 131/2023 11/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg
Postanschrift: Naheweinstraße 80
Ort: Langenlonsheim
NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach
Postleitzahl: 55450
Land: Deutschland
E-Mail: l.becker@vg-ls.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.Langenlonsheim-Stromberg.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK76GEP/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK76GEP>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte
Postanschrift: Löhrrstraße 99
Ort: Koblenz
NUTS-Code: DEB11 Koblenz, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 56068
Land: Deutschland
E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de
Telefon: +49 261/988662-0
Fax: +49 261/988662-20
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.webeler-rechtsanwaelte.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Erweiterung der Grundschule Rümmelsheim, Los 1: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen Gebäude, LPH 5-9 und Freianlagen, LPH 1-9
Referenznummer der Bekanntmachung: 63/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Grundschule Rümmelsheim ist eine 1-zügige Grundschule in Massivbauweise Baujahr 1965. Sie wird als Ganztagschule bis 16:00 Uhr betrieben und soll durch einen zweigeschossigen Anbau um 6 Klassenräume nebst Nebenräumen erweitert werden, teilweise in Holzmodulbauweise. Die Umbaumaßnahme erfolgt im laufenden Betrieb. Sie ist so zu gestalten, dass der Unterrichtsbetrieb möglichst wenig gestört wird und der Anschluss an den Altbau mit möglichst geringen Beeinträchtigungen erfolgt. Eine Vorstudie ist bereits erstellt, eine Genehmigungsplanung ist in Bearbeitung.

Die Freianlagen bestehen derzeit überwiegend aus einer Asphaltfläche, die in ein möglichst naturnahes Spielgelände umgestaltet werden soll.

Ausgeschrieben werden alle für die Erweiterung der Grundschule Rümmelsheim erforderlichen Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude sowie der Objektplanung Freianlagen, §§ 34, 39 HOAI in Verbindung mit Anlagen 10 und 11.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen, 71520000 Bauaufsicht

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach

Hauptort der Ausführung: 55452 Rümmelsheim

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Grundschule Rümmelsheim ist eine 1-zügige Grundschule in Massivbauweise Baujahr 1965. Sie wird als Ganztagschule bis 16:00 Uhr betrieben und soll durch einen zweigeschossigen Anbau um 6 Klassenräume nebst Nebenräumen erweitert werden. Der Anbau ist teilweise unterkellert und wird in Massivbauweise hergestellt. Ab Oberkante Kellerdecke soll der Anbau in Holzmodulbauweise erfolgen und umfasst mit UG, EG und OG zusammen 912,59 m². Die Umbaumaßnahme erfolgt im laufenden Betrieb. Sie ist so zu gestalten, dass der Unterrichtsbetrieb möglichst wenig gestört wird und der Anschluss an den Altbau mit möglichst geringen Beeinträchtigungen erfolgt. Die Schule wird mit Nahwärme durch ein BHKW der EDG beheizt. Im Altbestand sind bereits zwei Heizkreise vorgesehen, mit denen der Neubau angeschlossen werden kann. Eine Vorstudie ist bereits erstellt, eine Genehmigungsplanung ist in Bearbeitung. Die Vorstudie ist einzuarbeiten, zu überprüfen und

als richtig anzuerkennen. Sie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen, weil nicht auszuschließen ist, dass sich das erstellende Büro auf diese Ausschreibung bewerben wird.

Der Altbau soll in der Zukunft energetisch saniert werden. Entsprechende Schnittstellen mit der Neubaumaßnahme sind zu betrachten.

Die Aufzugsplanung erfolgt nur bis zu den Übergabepunkten; ein Aufzugsplaner wird gesondert beauftragt und ist frühzeitig einzubinden. Der Aufzug erschließt gleichzeitig Anbau und Altbau.

Vorrichtungen für den späteren Bau einer PV-Anlage sind vorzusehen.

Das Schulgelände ist eng; dies ist bei der Planung des Bauablaufs zu berücksichtigen.

Die Baukosten betragen geschätzt (brutto):

KG 300 Bauwerk - Baukonstruktion 1.944.404,38 EUR

KG 400 Bauwerk - Technische Anlagen 567.583,53 EUR

KG 500 Außenanlagen und Freiflächen 182.892,65 EUR

Die Freianlagen bestehen derzeit überwiegend aus einer Asphaltfläche, die in ein möglichst naturnahes Spielgelände umgestaltet werden soll.

Ausgeschrieben werden alle für die Erweiterung der Grundschule Rummelsheim erforderlichen Planungs- und Bauüberwachungsleistungen. Die Beschreibung des Leistungsinhalts orientiert sich an den Vorgaben der HOAI 2021.

Mit dieser Ausschreibung als Los 1:

Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 unter Überprüfung der Genehmigungsplanung ab der Leistungsphase 5,

Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Freianlagen, § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1-9.

In weiteren Losen:

Los 2: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15,

Los 3: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15,

Los 4: Tragwerksplanungsleistungen, § 51 HOAI in Verbindung mit Anlage.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Systematische Herangehensweise an die Planungsaufgabe, bewertet anhand der Konzeptidee für eine sinnvolle Gestaltung des Bauablaufs / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Intensität der Bauüberwachung und -betreuung / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/10/2023 Ende: 31/12/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Baumaßnahme, die die Mindestanforderungen an Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (50%);
 2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen in Jahren (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung) (25%);
 3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen (25%).
- Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Eine stufenweise Beauftragung ist beabsichtigt hinsichtlich der Freianlagenplanung: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Freianlagen, § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1-4 als Leistungsstufe 1, in einer zweiten Leistungsstufe die Leistungsphasen 5-9. Die Beauftragung der zweiten Leistungsstufe erfolgt optional; es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf entsprechende Beauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die bei Ziffer II. 1.6 "Angaben zu den Losen" verlangte Frage wurde aus technischen Gründen mit "Nein" beantwortet. Tatsächlich ist der Auftrag in Fachlose aufgeteilt, wie sich aus Ziffer II. 2.4 "Beschreibung der Beschaffung" dieser Auftragsbekanntmachung ergibt. Alle Teilnehmer und Bieter können Ihre Teilnahmeanträge und Angebote für alle Lose gleichzeitig einreichen und abgeben. Ein Angebot ist nach gesonderter Aufforderung für jedes Los separat zu erstellen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf die verbundenen Unternehmen zutrifft.

5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB).
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Millionen EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden mindestens 1 Million EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen. Ausreichend ist eine Bescheinigung, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).
2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).
3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.
4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.
5. Die geforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Mindestanforderung an die Bürogröße

Das Projektteam muss in Projektleitung und Stellvertretung jeweils mit einer Person besetzt sein, die die Qualifikation nach Ziffer III.2.1 (Architekt) aufweist.

II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber muss seine besondere Erfahrung mit Planung und Bau von vergleichbaren Vorhaben nachweisen und dazu zwei Referenzen einreichen. Vergleichbar sind Referenzen, wenn

- sie den Neubau oder die einem Neubau gleichkommende Sanierung von Kindertagesstätten, Schulen oder anderen Gebäuden, deren Aufgabe mit Betreuung von Kindern verbunden ist, betreffen
- die Kosten der Kostengruppen 300+400 nach DIN 276 mindestens 1.500.000 EUR netto betragen,
- bei allen Referenzen mindestens die Leistungsphasen 2, 3 und 5 bis 8 erbracht wurden, vollständig oder zumindest in wesentlichen Teilen, statt der Erbringung der Leistungsphasen 2 und 3 ist auch eine Überprüfung einer vorhandenen Vorplanung ausreichend,
- das Objekt fertig gestellt ist; die Fertigstellung muss nach dem 01.01.2018 erfolgt sein,
- mindestens eines der Referenzobjekte für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht und nach den Regeln des öffentlichen Vergaberechts gewerkweise ausgeschrieben wurde.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden. Maßgeblich bleibt der Inhalt der Bekanntmachung. Die angeforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Architekten benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 07/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur - unter www.dtyp.de (Identifikationsnummer CXP4YK76GEP) einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden. Hinsichtlich der Eigenerklärungen kann der Nachweis vorläufig durch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung geführt werden. Maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der Bekanntmachung.

2. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt über die Vergabepattform oder die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz ausschließlich über den bevollmächtigten Partner der Arbeits-/Bietergemeinschaft.

3. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen. Der erfolgreiche Bieter ist verpflichtet, im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung alle erforderlichen Angaben und Auskünfte hierzu zu erteilen.
Bekanntmachungs-ID: CXP4YK76GEP

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de

Fax: +49 6131/162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

06/07/2023